

Vorwort

Die Diskussion über öffentliche Infrastrukturen hat in den vergangenen Jahren wieder Fahrt aufgenommen. In den Parlamenten und Regierungen wird über Brücken, über Wohnen oder über die Energieversorgung gestritten; in der Öffentlichkeit kritisieren Initiativen und Bewegungen eine mangelhafte Versorgung und drängen auf Verbesserungen. Es werden infrastrukturpolitisch ausgerichtete Kommissionen eingesetzt, Berichte werden verfasst oder Bücher und Schwerpunktheften veröffentlicht. Aber nicht nur Politik und Wissenschaft, auch der Alltag der Menschen und die mediale Berichterstattung stehen vermehrt im Zeichen infrastrukturpolitischer Probleme, Krisen und Herausforderungen.

Im Rahmen unseres Forschungsprojektes haben wir uns in den letzten drei Jahren intensiv mit Infrastrukturen und den politischen Auseinandersetzungen darüber beschäftigt. Wir haben uns natürlich des Öfteren gefragt, in welchem Maße unsere Sensibilität für infrastrukturpolitische Konflikte durch unsere Forschung und unser Erkenntnisinteresse erst generiert wurde. Derartige Effekte einer selektiven Wahrnehmung sind schwer von der Hand zu weisen. Doch stößt – in Gesprächen mit Kolleg:innen, Freund:innen und Interviewpartner:innen – die These einer neuen Relevanz und Brisanz infrastrukturpolitischer Konflikte fast einhellig auf Zustimmung. Wir dürfen also davon ausgehen, dass wir keineswegs einer selbst erzeugten Chimäre hinterherlaufen.

In dem vorliegenden Band geht es uns darum, die Prozesse, die für die Genese und den Verlauf infrastrukturpolitischer Konflikte charakteristisch sind, empirisch fundiert zu rekonstruieren. Der Blick richtete sich vor allem auf die Politisierung und Problemlösung in drei ausgewählten Handlungsfeldern, in der Wohnungs-, der Umwelt- und der Gesundheitspolitik. In diesen Feldern wird jeweils auf spezifische Art und Weise der Staat in Anspruch genommen, um auf dem Wege infrastrukturpolitischer Gewährleistung spezifische öffentliche Güter – ›bezahlbares Wohnen‹, ›saubere Luft‹ und ›ambulante Versorgung‹ – bereitzustellen.

Die präsentierten Befunde entstammen dabei dem Forschungsprojekt ›Gemeinwohl-relevante öffentliche Güter. Die politische Organisation von Infrastrukturaufgaben im Gewährleistungsstaat‹ (GroeG), das von 2020–23 am Forschungsinstitut Arbeit Technik und Kultur (F.A.T.K.) an der Universität Tübingen durchgeführt,

durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziell gefördert und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) als Projektträger (DLR) operativ begleitet wird.

Wir möchten all diesen Institutionen, insbesondere dem BMBF, für die finanzielle und organisatorische Unterstützung danken. Der Aufbau einer eigenen Forschungsinfrastruktur war zweifelsohne grundlegend. Darüber hinaus bedanken wir uns bei all jenen, die in unterschiedlichsten Diskussionsformaten in den letzten Jahren daran mitgewirkt haben, die empirische Forschung weiterzutreiben und zu reflektieren. Es würde zu weit führen, sie alle hier namentlich zu erwähnen. Einige Personen sind jedoch explizit zu nennen: So haben sich Richard Bärnthaler, Matthias Bernt, Thomas Gerlinger, Tanja Klenk und Annette Elisabeth Töller als Expert:innen mit einem Blick ›von außen‹ in einen Workshop eingebracht, der am 16./17. Februar 2023 in Tübingen stattfand und auf dem erste Textfassungen diskutiert worden sind. Die einzelnen Beiträge wie der Band insgesamt haben von den kritisch-produktiven Kommentaren sehr profitiert. Allen Workshop-Teilnehmer:innen sind wir für die tatkräftige Unterstützung zu großem Dank verpflichtet. Weiterhin möchten wir uns bei den Interviewpartner:innen und Kooperationspartner:innen bedanken. Auch möchten wir Patrizia Pinzl danken, die das Endmanuskript nochmals Korrektur gelesen und in eine für den Verlag akzeptable Form gebracht hat. Für alle verbleibenden Probleme und offenen Fragen sind, dies steht außer Frage, allein wir selbst verantwortlich.

Tübingen im Juni 2023

Hans-Jürgen Bieling und Matthias Möhring-Hesse